

Langzeitwirkungen der Wende von 1982/83*

Hans-Peter Schwarz

Die Tagungsregie hat meine Aufgabe wie folgt definiert: „Zusammenfassung: Der Beginn der Ära Kohl – Fragen und Forschungsperspektiven.“ Ich möchte mir aber die Freiheit nehmen, fast alles, was in diesem Pflichtenheft festgehalten ist, beiseite zu schieben.

Eine langatmige Zusammenfassung erübrigt sich. Die Szenerie der Wendenmonate 1982/83 ist in vier gehaltvollen Vorträgen, ergänzt durch temperamentvolle Statements der Zeitzeugen, hell ausgeleuchtet. Es wäre recht ermüdend, zu guter Letzt noch einmal Fragen hin und her zu wenden, die bereits aufgeworfen und beantwortet sind.

Nur eine Tatsache verdient es, heller angestrahlt zu werden als das in den Darlegungen meiner Vorredner geschehen ist. Es hat sich so eingebürgert, 1982 als das „Wendejahr“ zu bezeichnen. Das ist nicht ganz falsch, aber auch nicht ganz richtig. Tatsächlich war aber Anfang Oktober nicht abzusehen, ob der mittels konstruktivem Misstrauen gestürzte Bundeskanzler Helmut Schmidt bei der Bundestagswahl am 6. März 1983 nicht doch noch einmal antreten würde. Eben hatte sich bei der Hessenwahl gezeigt, was für ein formidabler Wahlkämpfer er war. Selbst als Schmidt resignierte, war der Wahlsieg der Wenderegierung durchaus noch nicht gesichert. Monatelang tat die Verratskampagne noch ihre Wirkung. Die Bürgerschaftswahl in Hamburg vom 19. Dezember und die Meinungsumfragen nährten in der Öffentlichkeit und bei den „Wende-Parteien“ bis in den Januar 1983 hinein begründete Zweifel, ob die Entscheidung für Neuwahlen nicht eine grandiose Fehlkalkulation war. Auch die vorzeitige Auflösung des Bundestags war eine Art russisches Roulette wie niemand besser wusste als Bundespräsident Karl Carstens. Erst am 16. Februar war vollends klar, dass das Bundesverfassungsgericht dies als rechtens betrachtete. Am Wahlabend des 6. März klopfen sich die Häuptlinge der Wende-Koalition zwar stolz auf die Schulter, wie klug sie es mit der vorgezogenen Neuwahl angefangen hätten. In Wirklichkeit aber hätte alles schief gehen können. Dann wäre Helmut Kohl grässlich blamiert gewesen. Niemand würde heute von einer Ära Kohl reden und die Geschichte der Bundesrepublik hätte einen völlig anderen Verlauf genommen. Die Historiker sollten sich deshalb angewöhnen, den Umschwung vom September 1982 bis zum 6. März 1983 als Gesamtvorgang zu schildern und zu bewerten.

* Vortrag anlässlich der Veranstaltung „Die Ära Kohl im Gespräch“ am 24. November 2011 im Bundesrat in Bonn. Teilidentische Vorstudie zu der inzwischen erschienenen Darstellung der „Wende 1982/83“ in: Hans-Peter Schwarz: Helmut Kohl. Eine politische Biographie. München 2012.

Auch zu dem Thema „Forschungsperspektiven“ will ich mich im Folgenden nur kursorisch äußern. Künftige Forschung ist nicht prognostizierbar. Unversehens taucht eine neue, wichtige Quelle auf – das bisher unbekannte, detaillierte Tagebuch eines Akteurs oder eines Journalisten, der ganz nah an den Vorgängen dran war, oder bisher unzugängliche Dokumente der alle Vorgänge in der Bundesrepublik sorgsam registrierenden westlichen Geheimdienste oder ich weiß nicht was. Und plötzlich haben wir dann eine neue Diskussion über Vorgänge, die wir für längst erforscht hielten. Man darf auch nie vergessen, dass kreative Historiker immer auch Freude an unkonventionellen, provozierenden Neuinterpretationen haben. Kurz: künftige Forschung geht erfahrungsgemäß ihre eigenen Wege.

So möchte ich im Folgenden nur eine einzige Frage aufgreifen, die in der Tat weit in jene Epoche hereinführt, für die sich der Begriff Ära Kohl einzubürgern beginnt. Es ist dies die Frage: Wie viel von dem, was sich in den folgenden Jahren entwickelt hat, ist bereits in den Improvisationen der Jahre 1982/83 angedacht, vorentschieden und auf den Weg gebracht worden? Lassen Sie mich auch meine Antwort dazu gleich vorwegschicken, die da lauten könnte: Tatsächlich haben die Entwicklungen und Entscheidungen der Wendemonate den künftigen Gang der Dinge sehr wesentlich bestimmt. Die mittelfristigen Auswirkungen und die Fernwirkungen der Wende waren genauso wichtig wie der Regierungswechsel selbst. Dazu fünf Stichworte.

Erstes Stichwort: Der Führungsstil in der Wende-Regierung

Bereits während der Wende lässt sich ein Führungsstil erkennen, an dem sich mittel- und langfristig nicht viel ändern wird. Natürlich muss nach dem Ausscheiden der FDP aus der Koalition und mit Blick auf die Vorschriften des Konstruktiven Misstrauensvotums alles sehr schnell gehen. Wie schon geschildert, fallen die wichtigsten Entscheidungen bei wenigen Sitzungen der Top-Spielführer: Kohl und der CSU-Landesgruppenvorsitzende Zimmermann einerseits, Genscher und Mischnick, und danach die entscheidenden Besprechungen zwischen Kohl, Stoltenberg, Strauß, Genscher, Lamsdorff, wobei Stoltenberg auch einige Hauptpunkte des Wirtschaftsprogramms herunterdiktirt. So geht es weiter. Die Zustimmung der Fraktionen und der höchsten Parteigremien sind zwar wichtig, vor allem bei der FDP. Aber der Willensbildungsprozess verläuft doch „top-down“.

Bei der entscheidenden Sitzung der CDU/CSU-Fraktion beispielsweise, bei der noch vor der Kanzlerwahl das Koalitionsprogramm der Wende-Regierung grundsätzlich beschlossen wird, lässt Helmut Kohl zusätzlich Stoltenberg und Blüm berichten. Eine Abstimmung zu dem noch unfertigen Sachprogramm erfolgt aber nicht. Die personelle Zusammensetzung des künftigen Kabinetts Kohl kommt bei der entscheidenden Fraktionssitzung vor der Kanzlerwahl

überhaupt nicht zur Sprache. Die Partei- und Fraktionsvorsitzenden haben das stillschweigend untereinander ausgemacht, natürlich auch deshalb, weil enttäuschte hochgestellte Fraktionsmitglieder die trotz allem labile Abstimmung gefährden könnten.

Vergleichsweise ähnlich, wenngleich viel heftiger umstritten, läuft es in der FDP. In der Sitzungspause der CDU/CSU-Fraktion wird bekannt, dass sich Genscher und die Wende-Liberalen in ihrer parallel tagenden Fraktionssitzung durchgesetzt haben. Wie erhofft, hat dort eine hinreichende Mehrheit von 34 Abgeordneten in geheimer Abstimmung ihre Bereitschaft erklärt, am 1. Oktober Helmut Kohl zum Kanzler zu wählen. 18 haben mit „Nein“ gestimmt, zwei weitere haben sich enthalten. Daraufhin beschließt auch die CDU/CSU-Fraktion einstimmig, nach Artikel 67 GG die Abwahl Helmut Schmidts und die Wahl Helmut Kohls zum Bundeskanzler zu beantragen.

So wie jetzt erstmals vorexerziert, wird es in den 16 kommenden Jahren der Ära Kohl häufig laufen. Die allerhöchsten Parteibosse der Koalition, oft sekundiert von den Fraktionsvorsitzenden, treten in aller kleinstem Kreis zusammen und handeln untereinander die Eckpunkte des weiteren Vorgehens aus, sichern sich, so das geboten erscheint, in den Parteipräsidien und Parteivorständen ab und steuern die erst umrisshaft festgelegten Willensbekundungen in die Expertengremien der Ministerien und der Fraktion, wobei die Ergebnisse in den Fraktionsvorständen abschließend diskutiert und nur selten modifiziert werden. Im Fraktionsplenum mag danach diese oder jene Gruppe, die Zweifel oder Grund zur Unzufriedenheit hat, nochmals ihre Böllerschüsse abfeuern. Doch am Ende erfolgt wie hier erstmals bei der Machtübernahme in den Wendewochen eine fast einstimmige Zustimmung der disziplinierten Fraktion. Die kritische Publizistik wird das Verfahren dieser „top-down“-Entscheidungen künftig als wesentliches Element des „Systems Kohl“ charakterisieren. Doch das sind generell Entscheidungsprozesse, wie sie für die Bundesrepublik zwingend sind, die einerseits eine parlamentarische Demokratie ist, andererseits eine Parteiendemokratie.

Dass Kohl immer dann, wenn er eine Sache für wichtig hält, sehr selbstbewusst und zunehmend selbstgefällig regiert, ist richtig. Doch wie bei den Entscheidungsprozessen der Wende wird er auch künftig darauf achten, ein möglichst einstimmiges Votum der wesentlichen Gremien zu erreichen, ganz besonders der Bundestagsfraktion. Wenn es sehr schnell gehen muss wie bei der Wende oder dann nochmals beim Umbruch 1989/90, drückt er massiv aufs Tempo, doch in der Regel lässt er sich Zeit. In der CDU weiß aber von nun an jedermann, dass der Bundeskanzler dann, wenn er sich erst einmal festgelegt hat, wortreich argumentierend, aber zugleich mit der Sensibilität eines Dickhäuters zu guter Letzt alle Widerstände niederwalzen wird. Ich lasse es dahingestellt, ob man diesen Regierungsstil als neue Variante der Kanzlerdemokra-

tie bezeichnen soll oder ob wir diesen Regierungsstil, wofür Wolfgang Jäger plädiert, als „Koordinationsdemokratie“ bezeichnen sollten.

Zweites Stichwort: Die Wende 1982/83 – eine Wasserscheide im deutschen Parteiensystem

Eine der wichtigsten Entscheidungen mit weitreichender Fernwirkung ist die Neugruppierung im Parteiensystem. Am 6. März 1983 hat es die schon für tot erklärte FDP zu ihrer eigenen Verblüffung geschafft, mit 7,0 Prozent der Wählerstimmen wieder in den Bundestag einzuziehen und damit zu einer tragenden Säule der Regierung Kohl zu werden. Damit sind die Grundbedingungen des Koalitionssystems für die kommenden einundeinhalb Jahrzehnte der Ära Kohl festgelegt. Ein baldiger Schwenk ist nicht mehr möglich.

Zwischen den sozialpolitischen Auffassungen der FDP einerseits und der SPD sowie der Grünen liegen tiefe Gräben. In der Wirtschafts- und Sozialpolitik steht die FDP zwar eindeutig rechts von der CDU, kann sich aber mangels vorhandener Koalitionsoptionen mit ihr immer wieder einigen. Die Entfremdung zur SPD, die 1982 zum Koalitionsbruch geführt hat, wird seither noch dadurch verstärkt, dass sich in der Außen- und Sicherheitspolitik der Sozialdemokraten alsbald nach dem Rückzug Schmidts die Parameter nach links verschoben haben und weiter verschieben: mehr Egon Bahr und Erhard Eppler, weniger Helmut Schmidt und Hans Apel. Kein Wunder, dass bei den Freien Demokraten künftig mit Genscher, Bangemann, Lambsdorff, Kinkel und Gerhard Parteichefs amtieren, die auf das Bündnis mit der CDU setzen. Von nun an stehen zwei Partei-Lager gegeneinander: einerseits die CDU/CSU und die FDP, andererseits die SPD und die Grünen.

Auch im geschwisterlichen Spannungsverhältnis zwischen CDU und CSU ist mit dem Wahlausgang vom 6. März 1983 eine definitive Klärung eingetreten. Der Machtkampf zwischen Strauß und Kohl, der zwischen 1975 und 1982 den Unionsschwesterinnen das Leben schwer gemacht hat, ist entschieden. Von jetzt an hat der glücklich ins Amt gelangte Bundeskanzler die Bonner CSU-Ministerriege und fast die gesamte CSU-Landesgruppe ziemlich fest auf seiner Seite. Der teils grollende, teils in Maßen loyale CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß in der bayerischen Staatskanzlei ist zwar nicht ganz marginalisiert, aber doch weitgehend. Nur Anfang 1987, als Kohl durch den Wahlausgang sichtlich geschwächt ist, kann Strauß nochmals die Muskeln spielen lassen – mit sehr problematischen Folgen für die folgende Haushaltspolitik der Bundesregierung. Doch als er 1988 verstirbt, wird die CSU mit ihrem neuen Vorsitzenden Theo Waigel endgültig ins „System Kohl“ eingebaut.

Seitdem die Grünen 1983 mit immerhin 29 Männern und Frauen, wenngleich nur knapp über der 5-Prozent-Grenze, in den Deutschen Bundestag eingezogen sind, zieht Bundeskanzler Kohl auch großen Nutzen aus der Rivalität

der beiden Linksparteien. Dort werden von nun an die Flügelkämpfe nie ganz aufhören. Innerhalb der SPD sorgt jetzt der Widerstreit zwischen Befürwortern und Gegnern des „Projekts“ Rot-Grün auf Bundesebene für einen Dauerkonflikt. Aber auch die Grünen selbst werden permanent vom Streit zwischen ihren „Realos“ und den „Fundis“ in Atem gehalten. Von 1983 bis 1994 schrecken viele der Mitte-Wähler, auf die Helmut Kohl sich stützt, wieder und wieder vor dem Schreckgespenst einer linken Mehrheit von Rot-Grün zurück. Kohls Kanzlerherrlichkeit geht erst zu Ende, als sich 1998 bei den Mitte-Wählern die Auffassung durchsetzt, man könne sich das Experiment Rot-Grün doch einmal leisten, dies nicht zuletzt im Bestreben, den zu lange regierenden Bundeskanzler endlich loszuwerden.

Tendenzen bei der FDP, bei der SPD und auch in der CDU, aus dem System der polarisierten Lager auszubrechen, werden sich zwar periodisch bemerkbar machen, können sich aber nicht durchsetzen. Die koalitionspolitischen Fernwirkungen der Wende von 1982/83 reichen sogar weit über die Ära Kohl hinaus. Erst im Jahr 2005 werden sich die beiden polarisierten Parteilager Rot-Grün einerseits, oppositionelle Union und FDP andererseits, umständehalber auflösen zugunsten der Neuaufgabe einer Großen Koalition. Doch in CDU und FDP wird die Nostalgie nach der aus heutiger Sicht schon klassisch erscheinenden Wende-Koalition von 1982 so groß sein, dass es beide nach der Bundestagswahl 2009 nochmals miteinander versuchen. Ob, wann und wie diese bekanntlich nicht harmonisch verlaufende Koalitionsehe zu Ende gehen wird, steht heute Abend nicht zur Diskussion. Möglicherweise – ich selbst erhoffe das nicht – erleben wir gegenwärtig die Spätblüte dieses Koalitionsmodells. Jedenfalls wird niemand bestreiten können, dass die Wende von 1982 das Koalitionssystem im Bund über drei lange Jahrzehnte hinweg stark determiniert hat.

Allerdings ist es während der Wende 1982/83 nicht gelungen, das gemeinsame Wollen der Wendekoalition in einem von der Publizistik und einer breiten Öffentlichkeit übernommenen Schlagwort zu komprimieren. Auch später ließ sich das nicht mehr erfinden. Politische Schlagworte sind wichtig. Sie müssen knapp, eingängig und auch von allen Parteien einer Koalition akzeptiert sein. Der Begriff „sozial-liberale Koalition“ für die Regierungen Brandt und Schmidt in den Jahren 1969 bis 1982 war ein solcher Begriff, der sich auch später in der historischen Forschung durchgesetzt hat.

Kohl suchte seiner Koalition das Label „Koalition der Mitte“ aufzuprägen. Der Begriff ist 1973 von Biedenkopf in die Diskussion geworfen und mit dem Konzept der Volkspartei verbunden worden. Er war jedoch zu umständlich, um als Kurzformel geeignet zu sein, außerdem behagte er Franz Josef Strauß nicht, der sich gerne auf der rechten Mitte oder ganz rechts profilierte. Er schmeckte aber auch den Freien Demokraten nicht so richtig, die sich in dem Kürzel „sozial-liberal“ namentlich erwähnt fanden, in dem Begriff „Koalition der Mitte“

aber nicht. Auch in Kreisen der SPD, der Grünen oder bei den Gewerkschaften war dem Schlagwort „Mitte“ natürlich kein Erfolg beschieden – die Wendekoalition wurde als „konservativ“, „rechts“ oder noch Schlimmeres benannt.

Versuche FDP-naher Journalisten, die Bezeichnung „Regierung Kohl/Genscher“ durchzusetzen, konnten weder der CDU noch der CSU gefallen, somit keine Tragfähigkeit erzielen. Aber warum hat sich die Bezeichnung „schwarz-gelb“ nicht so recht durchsetzen können, während später das Stichwort „Rot-Grün“ allseits gern akzeptiert wurde? Beide Kürzel sind eingängig. „Rot-Grün“ wurde 1998 von SPD und den Grünen als „rot-grünes Projekt“ begeistert gefeiert und von den Gegnern entsprechend kritisiert. Bei der Wende 16 Jahre zuvor, im Jahr 1982 und auch später, wollten sich jedoch weder die Unionsparteien noch die FDP mit den Farben „schwarz“ oder „gelb“ anfreunden. „Schwarz-gelb“ ist politisch nicht aussagekräftig. Außerdem schätzen es CDU-Leute nicht, mit einem uralten, auf das Zentrum gemünzten Schimpfwort als „die Schwarzen“ verunglimpft zu werden, zumal ohnehin niemand daran dachte, die FDP-Leute als „die Gelben“ zu bezeichnen. Aber auch die Bezeichnung „christlich-liberal“ blieb ein Non-Starter. Die Liberalen wollten sich weder mit dem Christlichen semantisch verkoppelt sehen, und die Truppe Geißler und Blüm in der CDU perhorreszierte die Verbindung des Christlichen mit dem Liberalen. Diesem Flügel in der CDU wollte auch die in der Publizistik oft verwandte Bezeichnung „bürgerliche Koalition“ nicht behagen.

Den Schwierigkeiten der Semantik lag natürlich das Problem zugrunde, dass die Wendekoalition zwar darin einigermaßen einig war, was sie *nicht* wollte, ohne aber von Anbeginn bereit zu sein, die neue Regierung als gemeinsames Projekt mit kohärenten Zielvorstellungen zu verstehen. Kein Wunder, dass das Stichwort „halbe Wende“ rasch populär wurde. So hielten CDU, CSU und FDP zwar über 16 lange Jahre an der Koalition untereinander fest und hätten diese auch gern noch weitergeführt, ohne aber für das heterogene Bündnis ein Kürzel zu finden, das ein gemeinsames Wollen zum Ausdruck brachte. Semantische Schwierigkeiten, die letztlich in programmatischen Gegensätzen wurzelten, machten jedenfalls der Wendekoalition von 1982/83 dauerhaft zu schaffen.

Erst heute scheint sich in einer breiten Öffentlichkeit, auch unter den Historikern, ein zusehends akzeptiertes Kürzel für jene 16 Jahre einzubürgern, in denen die Wendekoalition Geschichte gemacht hat. Dieses Stichwort, auf das man sich zusehends zu einigen scheint, lautet kurz und knapp: die Ära Kohl.

Drittes Stichwort: Das Wende-Kabinett

Wenn wir nach den langfristigen Festlegungen fragen, die in den beiden Wendewochen nach dem 17. September getroffen werden, müssen auch die Ressortverteilung und die Ministerriege angesprochen werden. Helmut Kohls erstes Kabinett ist genauso improvisiert wie das Konzept zum Umsteuern in der

Wirtschafts- und Sozialpolitik. Doch bereits in den Wendewochen erfolgen zwei Grundentscheidungen mit Langzeiteffekt. Deren erste kann mit dem umständlichen Politologen-Begriff „koalitionsinternes Gleichgewicht“ erfasst werden, deren zweite ist Kohls Ministerriege.

In jeder Koalition muss ein halbwegs akzeptables Gleichgewicht zwischen den sie tragenden Parteien herrschen, aber ebenso zwischen den innerparteilichen Strömungen, soll die Regierung nicht an ihren eigenen Widersprüchen auseinanderplatzen. Im Übrigen dürfen bei der Kabinettsbildung auch die Erwartungen gewichtiger Landesverbände nicht ganz unter den Tisch fallen. Zur Herstellung eines solchen Gleichgewichts dient in erster Linie die Ressortverteilung. Wer sich diese im Verlauf der Ära Kohl in Erinnerung ruft, wird leicht erkennen, dass vieles, wenngleich nicht alles, auf die Wendemonate zurückgeht.

Genscher war als Außenminister gesetzt. Das hieß zugleich, dass das Auswärtige Amt in der Hand der FDP verblieb, vorausgesetzt, die Freien Demokraten würden nicht bei der Bundestagswahl in den Abgrund stürzen. Da sie diesem Schicksal entgingen, musste ein Gegengewicht zum FDP-dominierten Auswärtigen Amt etabliert werden. Das eine dieser Gegengewichte war der Bundeskanzler in höchstestiger Person, dabei gestützt auf die Abteilung 2 im Bundeskanzleramt. Das andere war das Bundesverteidigungsministerium. Es musste unbedingt an die Union fallen – übrigens eine Tradition, die noch auf die Zeiten Adenauers, Erhards und Kiesingers zurückging. Bei der Zuordnung dieser außen- und sicherheitspolitischen Ressorts verblieb es jedenfalls in der ganzen Ära Kohl. Die langsame Schwächung des Auswärtigen Amts seit Ende der 1980er Jahre erfolgte aber nicht durch Stärkung des Verteidigungsministeriums, sondern durch Machtkonzentration im Bundeskanzleramt.

Ein zweiter Bereich, in dem es um das Gleichgewicht innerhalb der Koalition ging, waren die Bereiche Innere Sicherheit, Bürgerrechte und auch – bis zur Errichtung des Umweltministeriums im Jahr 1986 – der Umweltschutz. Dieses Ensemble von Zuständigkeiten ressortierte beim Innenminister und fiel an die CSU. Franz Josef Strauß hoffte, über das Innenministerium der FDP gegenüber die Wende auf den besonders umstrittenen Gebieten der inneren Sicherheit erzwingen zu können. So wurde Friedrich Zimmermann, Vorsitzender der CSU-Landesgruppe, veranlasst, das Bundesinnenministerium zu übernehmen, obwohl er eigentlich auf das Verteidigungsministerium reflektiert hatte. Doch der linksliberale Gerhart Baum als Innenminister sollte unbedingt verhindert werden, woran damals übrigens auch Genscher gelegen war. Es verstand sich aber von selbst, dass die FDP als Kompensation das Justizministerium erhielt. Innenministerium in den Händen der Union, Justizministerium als FDP-Domäne, und die beiden Häuser in einer Art Dauerclinch – auch dabei verblieb es während der ganzen Ära Kohl.

Eine weitere Ebene, auf der ein Gleichgewicht hergestellt werden musste, waren die Bereiche Wirtschaft und Soziales. Hier mussten vor allem die hete-

rogenen Kräfte innerhalb der Union in ein prekäres Gleichgewicht gebracht werden. So fiel das Finanzministerium an den wirtschaftsnahen Flügel der CDU unter dem ordo-liberal orientierten Gerhard Stoltenberg. Zur Kompensation erhielt Norbert Blüm, Vorsitzender der CDA, das Arbeits- und Sozialministerium. Doch auch die FDP wünschte dringend, ihre recht weitgehenden Wendevorstellungen im Kabinett durchzusetzen und bestand auf dem Bundeswirtschaftsministerium, das bei Graf Lambsdorff verblieb, solange dieser wegen seiner Verwicklung in die Parteispendenaffäre noch haltbar war. Bundesfinanzministerium in den Händen der Union (erst Stoltenberg, ab 1989 Waigel), Arbeit und Soziales als Trutzburg des linken Flügels der CDU durchgehend unter Norbert Blüm, Wirtschaftsministerium bei der FDP – auch das blieb ein Grundmuster in den ganzen 16 Jahren der Ära Kohl.

Wäre mehr Zeit, so müsste man intensiver diskutieren, dass es außerhalb des Bereichs der klassischen Ministerien wichtige neuere Häuser gab, die auf das hier nur knapp skizzierte Gleichgewicht innerhalb des Kabinetts gleichfalls eingewirkt haben. Ich nenne nur, ohne das weiter auszuführen, die Ministerien für Forschung und Technologie, das Ministerium für Post und Fernmeldewesen und das Verkehrsministerium. Fragt man, in welchen Bereichen während der 16 Jahre dauernden Ära Kohl Innovationen zustande kamen mit starker Nachwirkung bis heute, so im Bereich dieser Häuser unter den auf Modernisierung drängenden Ministern Heinz Riesenhuber, Christian Schwarz-Schilling und – in den 1990er Jahren – Günther Krause und Matthias Wissmann. Auf der anderen Seite bildete das Ministerium für Familie und Gesundheit eher eine Spielwiese jenes anderen Flügels in der CDU, der die Sozialpolitik zur fortschrittlichen Gesellschaftspolitik fortzuentwickeln suchte. Die entsprechenden Idealbesetzungen dieser Couleur waren Heiner Geißler und Rita Süßmuth.

Zur sichtlichen Kontinuität bei der Ressortverteilung, bei der besonders 1989 und dann nochmals 1992/93 stärkere Veränderungen erfolgten, gehört auch die personelle Kontinuität. Blüm blieb 16 Jahre hindurch, Genscher bis 1992, Stoltenberg als Bundesminister der Finanzen und Zimmermann im Bundesinnenministerium immerhin bis zum Frühjahr 1989, Schwarz-Schilling und Riesenhuber bis in die frühen 1990er Jahre. Ich kann und will hier nicht ins Detail gehen. Die These lässt sich aber vertreten, dass die Personalentscheidungen der Wendewochen vom September/Oktober 1982 gleichfalls einen Langzeiteffekt entfalteten, teilweise über die Schwelle der Umbruchjahre 1989/90 hinaus.

Auffällig ist, wie wenige der CDU-Minister 1982/83 aus der eigentlichen „Truppe Kohl“ kamen. Neben Blüm und Geißler war das nur Dorothee Wilms. Sie erhielt das Ressort für Bildung und Wissenschaft, und später ins Ministerium für Innerdeutsche Fragen zu wechseln. Auch sie blieb im Kabinett Kohl acht Jahre auf Deck. Wenn Kohl jedoch bis Ende der 1980er Jahre nur auf wenige aus der eigenen Anhängerschaft zurückgreifen kann, obschon er daran

seit Ende der 1960er Jahre hinarbeitete, so hatte das einleuchtende Gründe. Wolfgang Schäuble, Volker Rühe, Rudolf Seiters, Friedrich Bohl, die seiner späteren Amtszeit das Gepräge geben werden, waren für damalige Vorstellungen schlicht und einfach noch zu jung. Die Jahre, da man in der CDU schon mit 32 ins Bundeskabinett geholt wird, liegen noch in ferner Zukunft. Ein zweiter Grund war betrüblicher. Im Jahr 1982 war Kohl bereits mit verschiedenen starken Figuren seiner Anfänge – Richard von Weizsäcker, Kurt Biedenkopf – zerfallen. Auch Ernst Albrecht in Niedersachsen und dem CDU-Schatzmeister Walther Leisler Kiep, beide von Anfang an ziemlich eigenständige Leute, traute er nicht mehr so recht über den Weg.

Die Hauptpunkte mögen deutlich geworden sein: Erstens Dauerhaftigkeit der in den kurzen Tagen der Wende vorgenommenen Ressortverteilung im Kabinett, zweitens Beginn einer recht eindrucksvollen Kontinuität der Kabinettsminister, und drittens die halbwegs, oder sagen wir: zu drei Vierteln gelungene Austarierung der Gewichte zwischen CDU, CSU und FDP sowie zwischen den Parteiflügeln der CDU.

Viertes Stichwort: Wende in der Außen- und Europapolitik

Es wäre reizvoll und eigentlich auch notwendig, breit auszuführen, wie sich eine gewisse Neuorientierung der Außen- und Europapolitik schon in den ersten Wendewochen manifestiert. Mit seinen Reisen nach Paris zu Präsident Mitterrand und zu Präsident Reagan in den USA macht der neugewählte Bundeskanzler von vornherein klar, dass er einerseits ein überzeugter und bekennender Atlantiker ist, andererseits ein ebenso überzeugter Europäer, letzteres mit ausgeprägt frankophilen Überzeugungen. Ich möchte das jetzt aber nicht weiter ausführen, beschränke mich vielmehr auf einen Hinweis zum Außenbild der Bundesrepublik zum Zeitpunkt der Wende.

Als der bereits legendäre Raymond Aron im Herbst 1982 seine Memoiren abschließt, schreibt er im „Epilog“: „In Europa erscheint die Bundesrepublik Deutschland, die mehr als je zuvor der Eckstein der Atlantischen Allianz ist, erschüttert. Angrenzend an das sowjetische Imperium bemüht sie sich darum, eine amerikanische Armee auf ihrem Territorium zu behalten, ohne die Männer im Kreml zu verärgern. Der Pazifismus von Millionen Deutschen in der Friedensbewegung reduziert die Entscheidungsfähigkeit der Regierung. Ob Sozialdemokrat oder Konservativer, der Bundeskanzler in Bonn blickt sowohl nach dem ihn bedrohenden Osten wie nach dem ihn schützenden Westen. In welche Richtung wird er schließlich gehen?“¹

1 Raymond Aron: Erkenntnis und Verantwortung. Lebenserinnerungen. München 1985, S. 501.

Bekanntlich ist Kohl „nach Westen“ gegangen und hat die eigene Partei und die Koalition mit brutaler Kraft zum Vollzug des Nachrüstungsbeschlusses gezwungen. Nach wenigen Jahren wird sein Anteil an der Wende in dieser letzten Phase des Kalten Krieges nicht mehr bestritten. Während er sich ansonsten vielfach als Zauderer und Finasseur par excellence erweist, können seine vielen Kritiker im Zentralpunkt der Nachrüstung kein Schwanken erkennen. Wie schon in den Wochen der Wende versprochen, wird der Kanzler am engen Bündnis mit Amerika und an der NATO festhalten und erstaunlicherweise – anders als sein beredter, aber leider allzu behelrend auftretender Vorgänger – mit recht unterschiedlich gestrickten amerikanischen Präsidenten bestens auskommen, zuerst mit Ronald Reagan, dann mit George Bush und schließlich besonders gut mit Bill Clinton.

Genauso ausgeprägt aber ist seine europäische Grundorientierung, die der Wende-Kanzler schon beim ersten Zusammentreffen mit Mitterrand zum Ausdruck bringt. Man muss hinzufügen: in diesem Punkt ist seine Grundlinie deckungsgleich mit der von Hans Dietrich Genscher. Als Kohl am Abend des 1. Oktober 1982, unmittelbar nach der Kanzlerwahl, in Paris zum Antrittsbesuch eintrifft, ist dieser „schwere und ungeschlachte Mann“², so Mitterrands Intimus Jacques Attali, im Umfeld des Präsidenten ein ziemlich unbeschriebenes Blatt. „Keiner von uns“, wird Mitterrands enger Mitarbeiter Hubert Védrine später schreiben, „hatte im vorweg noch sonstwie präzise Informationen über Helmut Kohl; keiner machte sich klar, in welchem Ausmaß die deutschen Eliten diesen Politiker aus dem Rheinland für einen Töpel hielten.“³ Der Präsident ist sogar besorgt, nach dem Sturz Schmidts könnte es mit der Festigkeit gegenüber Moskau vorbei sein.⁴ Doch Kohl wirkt auf Anhieb kultiviert, geradeheraus, als leidenschaftlicher Europäer und als großer Bewunderer Frankreichs. „Täuschen Sie sich nicht“, sagt er bei diesem ersten Besuch zu Mitterrand, „ich bin der letzte pro-europäische Bundeskanzler. Sie sind ein Mann mit historischem und literarischem Sinn, ich genauso (...) Wenn ich mich nicht irre, werden in den kommenden Jahren weitreichende Entscheidungen fällig sein, außenpolitische Entscheidungen, sicherheitspolitische Entscheidungen ...“. Wir sind, so versichert er ebenso wie Genscher, der dabei ist, dem französischen Präsidenten, „absolut entschlossen“, im nächsten Jahr die Pershings zu installieren. Als er sich verabschiedet, vermerkt Attali im Tagebuch: Kohl mache sich wegen der Sowjetunion dieselben Sorgen wie Helmut Schmidt, doch mit mehr Aufrichtigkeit, menschlicher Wärme und Willenskraft; er sei kein skeptischer und resignierter Bundeskanzler.

2 Jacques Attali: *Verbatim I: 1981–1983*. Paris 1993, Eintrag vom 2. Oktober 1982, S. 491.

3 Hubert Védrine: *Les mondes de Francois Mitterrand. À l'Élysée 1981–1995*. Paris 1996, S. 290.

4 Ebd., Eintrag vom 29. September 1982, S. 489.

Ein halbes Jahr später sind Kohl und Mitterrand schon fast ein halbes Dutzend Mal zusammengetroffen, haben einander gründlich beschnuppert und auch beiderseits konkrete Proben ihrer in vielem gleichlaufenden Politik gegeben – der Präsident mit der Ansprache im Januar 1983 im Deutschen Bundestag zur Nachrüstungsfrage, für Kohl eine unschätzbare Wahlhilfe, der Bundeskanzler im März 1983 bei der von Mitterrand ebenso geschätzte Unterstützung bei der Franc-Krise. Jetzt wird derselbe Attali, der das Gras wachsen hört, im Tagebuch vermerken: „Nach der Stunde der Wahrheit im März taucht ein europäisches Projekt in vorerst noch vagen Umrissen auf: Ein offener Wirtschaftsraum, und darüber hinaus monetäre und politische Annäherung, vielleicht sogar eine gemeinsame Außenpolitik und Verteidigungspolitik ... Von da an könnte resultieren: die Lösung der strittigen Fragen der EG, ein Neubeginn der europäischen Gemeinschaft und das Ende des Europessimismus.“⁵

Diese außenpolitischen Weichenstellungen müssen wenigstens angetippt werden, will man würdigen, welche Fernwirkungen von bestimmten Grundentscheidungen der Wendemonate ausgehen. Doch dabei möchte ich es auch belassen, statt dessen aber noch auf gleichfalls weitreichende Entscheidungen mit Langzeiteffekt auf den Feldern Wirtschafts- und Sozialpolitik verweisen, die sich allesamt bereits in den Wendemonaten 1982/83 vollzogen haben.

Fünftes Stichwort: Nur „halbe Wende“ in der Wirtschafts- und Sozialpolitik

Bezüglich der Langzeitwirkungen der Wende 1982/83 war bisher nur von der Koalitionspolitik, vom Parteiensystem und von der Choreographie der Kabinettsbildung die Rede. Aus den improvisierten Koalitionsverhandlungen hat sich aber in den Wendemonaten auch ein Policy-Mix der Wirtschafts- und Sozialpolitik ergeben, der gleichfalls zu den Langzeitwirkungen der Wende gehört.

Helmut Kohl hat 1982 das Ziel seiner Wünsche erreicht, weil die SPD mit ihrem als „Weltökonom“ gefeierten Bundeskanzler buchstäblich abgewirtschaftet hatte. Wie jeder Oppositionsführer vor ihm oder nach ihm hatte auch Kohl eine gründliche wirtschaftspolitische Umkehr und Neuorientierung versprochen. Dabei ist jedoch daran zu erinnern, dass das Schlagwort „Wende“ von der FDP in Genschers berühmtem Wende-Brief von 1981 kreiert wurde. Als die Wende 1982 dann holterdiepolter erfolgt, ist die Erwartung groß, nun werde sich auch in der Bundesrepublik eine fundamentale Neuorientierung nach gewissen Rezepten neo-liberaler, angebotsorientierter Wirtschaftspolitik vollziehen, wie sie bereits in England seit 1979 von der radikal-liberalen Margaret Thatcher und in den USA von der Administration Reagan vorexerziert werden.

5 Attali: Verbatim, Eintrag vom 21. April 1983, S. 650.

Anders als man häufig hört und liest, war Helmut Kohl bei der Verwendung der Wende-Terminologie nachweislich recht zurückhaltend gewesen. Zwar hat er ein einziges Mal – in einem Aufsatz in der „Neuen Ordnung“ in etwas verschwurbelter Formulierung von einer „geistigen Wende in der Führung der Bundesrepublik“ als Antwort auf eine „geistig-moralische Krise“ geschrieben⁶, doch das Schlagwort von der „geistig-moralischen Wende“ dann nicht mehr verwandt. Es ist übrigens auch in den CDU-Wahlprogrammen nicht zu finden. Jede genauere Analyse von Kohls programmatischen Äußerungen zeigt, dass ihm der Begriff „geistig-moralische Wende“ sowohl von seinen Gegnern auf der Linken wie auf der Rechten eigentlich zu Unrecht ständig um die Ohren geschlagen wurde.

Als Bundeskanzler hat er sich in den Regierungserklärungen nicht allzu weit aus dem Fenster gehängt. Aber er hat anfangs doch stark in die Saiten gegriffen. Der Staat, so versprach er in den Regierungserklärungen vom Oktober 1982 und März 1983 unter Verweis auf die Adenauerzeit, solle wieder „auf den Kern seiner Aufgaben“ zurückgeführt werden. „Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft“, Entfaltung von „Freiheit, Dynamik und Selbstverantwortung“ wurden proklamiert. Individuelle Leistung solle sich wieder lohnen. Im Verhältnis von Individuum und Gemeinschaft müsse das Prinzip der Subsidiarität erneut in den Vordergrund rücken.⁷ So lautete die Programmatik, und nach Art aller Kraftmenschen glaubte er damals an die Realisierbarkeit solcher Ziele.

Tatsächlich aber verzichteten Bundeskanzler Kohl und seine CDU dankend darauf, die von Wirtschaftsliberalen angemahnte und, wie sich viel später zeigen sollte, in der Tat jetzt fällige grundlegende Neuordnung der Wirtschafts- und Sozialpolitik anzupacken. Wer in seiner ganzen bisherigen Tätigkeit ein Vierteljahrhundert hindurch am Sozialstaat gebaut hat, setzt nach der Etablierung im Bundeskanzleramt nicht die Abrissbirne in Gang – dies erst recht nicht beim Blick auf die diesbezüglich allzeit labilen Wählermehrheiten, denen jede Opposition mit den Schlagwörtern „Sozialabbau“ oder „Umverteilung von unten nach oben“ Angst einzujagen versteht.

Beraten von Bundesfinanzminister Stoltenberg und dessen Staatssekretär Tietmeyer entscheidet sich der Bundeskanzler schon während der Wendewochen für ein langsames Umsteuern, zumal die ohnehin noch nicht überwundene Weltwirtschaftskrise keine allzu starke Drosselung des Konsums erlaubt. Bereits wenige Monate später ist das Wehklagen bei den Befürwortern neo-liberalen Tiefpflügens groß. Alle, die sich von der Wende eine Rückkehr zur

6 Helmut Kohl: Herausforderung der Krise. Die Wende bleibt Aufgabe, in: Die neue Ordnung 37 (1983), S.5f.

7 Verhandlungen des Deutschen Bundestags, Stenographischer Bericht, Bd. 122, S. 7214–7219 (9. Wahlperiode) und Bd. 124 (10. Wahlperiode), S. 56–62.

Marktwirtschaft der 1950er und frühen 1960er Jahre versprochen haben, verfallen in lautes Klagen. Einer von ihnen ist Johannes Gross, damals der artikulierteste konservative Intellektuelle, einstmals ein Berater und Bewunderer von Ludwig Erhard. Den Jahrestag der „Wende“ glossiert er am 7. Oktober 1983 mit der Kolumne: „Eine Regierung, vor der niemand Angst hat. Ihre Gegner hängen ihr eine Wende an, von der ihre Anhänger nichts merken. Sie sitzt im Regimente und fühlt sich trefflich wohl.“⁸

Mitte der 1990er Jahre wird Gross noch resignierter formulieren: „So ist es trotz der Annonce von der Wende bei der Kontinuität geblieben, die auch den Generalbaß aller vorherigen Regierungswechsel gebildet hatte. Umschwünge wie von Carter zu Reagan, von Giscard zu Mitterrand oder von Labour zu Frau Thatcher: das ist nichts für Deutschland. Kontinuität und Stabilität – die Schlüsselwörter gelten einer inneren Verfassung, die auf soviel Marktwirtschaft wie nötig und soviel Wohlfahrtsstaat wie möglich als Prinzip abstellt (...) So wird das zunächst erstaunliche Phänomen plausibel, daß sich unter Kanzler Kohl, der als Innenpolitiker angetreten war, innenpolitisch nichts verändert hat (...) Für Kohl heißt Innenpolitik Sicherung der Machtbasis und deshalb auch Sicherung des Status quo.“⁹

Zur vielleicht wichtigsten Leistung wurde die Senkung der Staatsquote. Im Jahr 1982 bemächtigte sich der Staat genau der Hälfte des Volkseinkommens (49,8 Prozent), um es nach politischem Gutdünken einzusetzen und umzuverteilen. 1989, als das Umsteuern endlich voll zu greifen beginnt, war der Staatsanteil um immerhin fünf Punkte auf 45,3 Prozent zurückgeführt. Auch ein moderates Wachstum von durchschnittlich um die zwei Prozent kehrte wieder zurück. Zu den Leistungen der Regierung Kohl gehört auch die Inflationsbekämpfung. Als Schmidt aus dem Amt schied, lag die Inflationsrate von 1982 bei 5,3 Prozent. Schon im Vorwahljahr 1986 war sie auf Null zurückgegangen. Selbst der Anstieg in den frühen 1990er Jahren, als die Vereinigung zu bewältigen war, blieb vergleichsweise moderat.

Doch auch die Defizite der halben Wende sind evident. Am schwersten tut sich die Regierung mit der Rückführung der Arbeitslosigkeit. 1986, als es auf die Bundestagswahl zugeht, liegt diese immer noch bei 9 Prozent, um selbst 1989, als der globale Boom endlich auch die Bundesrepublik voll erreicht hat, nur auf 7,9 Prozent zu sinken.¹⁰ Auch die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote verbessert sich kaum. Im Licht der zu Beginn der Ära Kohl formulierten

8 Johannes Gross: Notizbuch. Stuttgart 1985, FAZ-Kolumne vom 7. Oktober 1983, S. 199.

9 Ders.: Begründung der Berliner Republik. Deutschland am Ende des 20. Jahrhunderts. Stuttgart 1995, S. 78.

10 Zahlen nach Werner und Reimut Zohlnhöfer: Die Wirtschaftspolitik der Ära Kohl 1982–1989/90, in: Günter Buchstab/Hans-Otto Kleinmann/Hanns-Jürgen Küsters (Hg.): Die Ära Kohl im Gespräch. Köln 2010, S. 38.

Absichtserklärungen lässt sich also nur eine „halbe Wende“ konstatieren.¹¹ Ab 1990 ist an tiefgreifende Reformen des Sozialsystems ohnehin nicht mehr zu denken. Die ganz unerlässlichen Transferleistungen in die neuen Länder begrenzen alle haushaltspolitischen Spielräume und absorbieren die politischen Energien.

Belassen wir es auch hier bei der Feststellung, dass der Policy-Mix, der in den Koalitionsverhandlungen der Wende im Oktober 1982 und im März 1983 ausgehandelt wurde, die Wirtschafts- und Sozialpolitik während der ganzen 1980er Jahre und darüber hinaus im guten und im weniger guten stark bestimmt hat. Auch hier gilt: Genauso wichtig wie die Wende als solche waren die in wenigen Monaten festgelegten Langzeitkonzepte für die Wirtschafts- und Sozialpolitik. Bei aller gebotenen Betonung des Einerseits-Andererseits und vieler Kontinuitäten zur Regierung Schmidt auf dem Feld der Sozialpolitik darf die grundlegende Neuorientierung aber nicht so skeptisch relativiert werden, wie das häufig geschieht. Das von der lähmenden SPD befreite Kabinett erteilte die gebotenen frischen Impulse und vollzog im großen und im Detail doch eine grundlegende Neuorientierung, die sich markant von der gescheiterten Wirtschafts- und Sozialpolitik der SPD unterschied. In der Wirtschaft und bald bei einer breiten Wählerschaft kehrte der Optimismus zurück. Alles in allem begann eine längere Phase ruhiger Entwicklung. Betrachtet man die kurzen Jahre der Regierung Kohl von 1982 bis 1989 in der Langzeitperspektive, so lässt sich schwerlich bestreiten, dass es der Bundesrepublik wirtschaftlich und auch sozialpolitisch wesentlich besser ging als in den kritischen Jahren unter den Kanzlern der SPD von 1973 bis 1982. Gewiss wirkten sich dabei auch die günstigeren Rahmenbedingungen der Weltwirtschaft aus. Aber viel hing doch von den deutlich veränderten Konzepten der Wende-Regierung und von ihren neuen Leuten ab, die Schmidts ausgelaugte Regierung und die dominierende Regierungspartei SPD ersetzten, in der starke Kräfte dem eigenen Kanzler nicht mehr zu folgen bereit waren. So darf man bei der Bewertung der Wende aus heutiger Sicht einerseits eingetretene Zäsur nicht übertreiben – Helmut Kohl glich weder ein Ronald Reagan noch Margaret Thatcher – man sollte aber auch nicht den Fehler begehen, die im ganzen

11 Zohnhöfner: Die Wirtschaftspolitik der Ära Kohl, S. 42. Ähnlich Manfred G. Schmidt: Sozialpolitik 1982–1989, in: Buchstab/Kleinmann/Küsters (Hg.): Die Ära Kohl im Gespräch, S. 443 und Andreas Wirsching: Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990. München 2006, S. 228 und passim. Diese These wird auch in dem Sammelband zur Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945 breit entfaltet (Bd. 7: Manfred G. Schmidt [Hg.]: Finanzielle Konsolidierung und institutionelle Reform 1982–1989. Baden-Baden 2005). In der bisherigen Forschung ist es ziemlich unumstritten, dass die Wendepolitik trotz der Korrektur einiger Auswüchse im Kontext einer recht kontinuierlichen Entwicklung der Arbeits- und Sozialbeziehungen verblieb (Andreas Rödter: Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990. München 2005, S. 183).

doch sehr erheblichen wirtschafts- und sozialpolitischen Veränderungen zu unterschätzen. Richtig ist jedoch, dass sich die historisch wichtigsten Langzeitwirkungen der Wende auf den Feldern der Außenpolitik und der Europapolitik vollzogen haben.